

Unter diesem Tagesordnungspunkt wird auch der Tagesordnungspunkt 14.1 „Anfragen“ mitbehandelt.

Herr Knülle verwies zunächst auf den am 11.5.2016 gemeinsam eingebrachten Antrag und den daraus resultierenden Ratsbeschluss.

In seinen weiteren Ausführungen machte Herr Knülle deutlich, dass es sehr schwierig sei, hier entsprechend der Vorlage zu entscheiden, zumal man nicht wissen kann, ob die Flüchtlingszahlen nicht doch wieder steigen würden. Auch sei es schwierig zu sagen, welcher Stadtteil demnach „zunächst“ nicht betroffen sein wird. In den im Mai gefassten Ratsbeschluss sei deutlich gemacht worden, dass in allen Stadtteilen entsprechende Unterkünfte erstellt werden sollten. Da sich die Fraktionen im Vorfeld der Ratssitzung nicht beraten konnten, halte er die jetzt zufassenden Entscheidungen für sehr problematisch. Er könne hier und heute nur dem Punkt 1 (Kündigung Vertrag Hotel Regina) so zu stimmen.

Herr Schell vertrat die Auffassung, dass dies ein guter Weg sei und seine Fraktion würde dem hier so zustimmen können. Er verwies zwar auch auf den im Mai gefassten Beschluss, machte aber deutlich, dass nun realistischere Zahlen seitens des Bundes und des Landes vorliegen würden.

Herr Metz ging in seinen Ausführungen darauf ein, dass es oberstes Ziel sein muss, dass die Turnhallen wieder „frei gemacht“ werden, damit sie wieder dem Schul- und Vereinssport zur Verfügung stehen. Weiter sprach sich Herr Metz dafür aus, dass man sich die Optionen offen halten sollte.

Auf die Nachfrage von Herrn Metz, wann dann der letztmögliche Kündigungstermin bezüglich des Sonderkündigungsrechtes sei, teilte Herr Knipp mit, dass dies der 8.9.2016 sei; Kosten können im öffentlichen Teil nicht genannt werden.

Abschließend sprach sich Herr Metz dafür aus, heute einen derartigen Beschluss nicht zu fassen, sondern man sollte die Zeit bis Anfang September nutzen, um dann einen Beschluss zu fassen, der dann von allen Fraktionen mitgetragen werde. Heute sei die Zeit zu kurz, um hier intensiv beraten zu können.

Auch Herr Köhler sprach sich dafür aus, die Angelegenheit „Schulstraße“ zu schieben.

Herr Knülle führte u.a. weiter aus, dass man aus seiner Sicht aufgrund des Ratsbeschlusses vom 11.5.2016 wieder Vertrauen in der Bevölkerung gewonnen habe. Dies sollte nun aber nicht schon wieder aufs Spiel gesetzt werden, in dem man den einen oder anderen Stadtteil „bevorzugt“. Daher sprach er sich dafür aus, dass dies in einer Sondersitzung Ende August beraten und beschlossen werden sollte.

Auf Nachfrage von Frau Feld-Wielpütz teilte Herr Knipp mit, dass das Sonderkündigungsrecht bis zum 8.9.2016 „gezogen“ werden kann.

In seinen weiteren Ausführungen machte Herr Metz deutlich, dass aus seiner Sicht der gesamte Rat heute wohl „Bauchschmerzen“ habe, über den Punkt 2 und Punkt 3 des

Beschlussvorschläge zu entscheiden. Zumal auch die Glaubwürdigkeit des Rates mit zu berücksichtigen ist (heute so, morgen so).

Auch Frau Silber-Bonz sprach sich für eine zeitliche Verschiebung aus.

Nachdem der Bürgermeister die verschiedenen Gründe (erschließungstechn. Vorgaben etc.) dargelegt hatte, warum seitens der Verwaltung dieser Beschlussvorschlag vorgelegt worden sei, konnte zumindest für den Punkt 1 des Vorschlages Einvernehmen im Rat erzielt werden.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters stimmte der Rat über den Punkt 1 „Kündigung des Vertrages mit dem ehemaligen Hotel Regina zum nächstmöglichen Kündigungszeitpunkt“ wie folgt ab:

einstimmig

Im Verlauf der weiteren Aussprache wurde deutlich, dass über die anderen Punkte zu einem späteren Zeitpunkt abgestimmt werden sollte.

Auf Nachfrage von Herrn Piéla teilte Herr Weiser mit, dass für die Fertigstellung des Rohbaus mit 5 – 6 Monaten zu rechnen sei; ferner sind noch die Zeiten für die Erschließung von ca. 3 Monaten zu berücksichtigen.

In seinen weiteren Ausführungen betonte Herr Knülle nochmals, dass man sich an den Ratsbeschluss vom 11.5.2016 halten und nicht heute schon wieder anders lautende Entscheidungen treffen sollte. Daher sprach er sich nochmals dafür aus, dass in einer Sondersitzung Ende August der Rat beziehungsweise der Haupt- und Finanzausschuss entsprechend beraten und entscheiden sollte. Bis zu diesem Zeitpunkt haben dann auch die Fraktionen Gelegenheit, sich zu beraten und abzustimmen.

Herr Köhler trug vor, dass man die Punkte 1, 3, 4 und 5 heute beschließen könnte und den Punkt 2 herausnehmen sollte und ihn durch folgenden Punkt ersetzen könnte:

„Über die Fortsetzung des Pachtverhältnisses oder die Ausübung des Kündigungsrechtes für das Grundstück Schulstraße in Niederpleis entscheidet der Rat Ende August.“

Da es unterschiedliche Ausfassungen über den weiteren Verfahrensablauf gab, unterbrach der Bürgermeister auf Vorschlag von Herrn Knülle die Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte Herr Knülle mit, dass sich die Fraktionsvorsitzenden wie folgt geeinigt haben:

„Die Ausübung des Sonderkündigungsrechts soll in einer Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses Ende August beraten und beschlossen werden.“

Die Punkte 3, 4 und 5 sind durch den Beschluss vom 11.5.2016 abgedeckt.“

Hierüber herrschte Einvernehmen im Rat.

Dann rief der Bürgermeister den TOP 14.1 „Anfragen“ auf.

Frau Jung teilte mit, dass sie heute eine Mail an den Bürgermeister gesandt habe mit der Bitte um Stellungnahme zum heutigen Artikel im Generalanzeiger und um Beantwortung verschiedener Fragen, die sich aus diesem Artikel ergeben.

Herr Knülle vertrat die Auffassung, dass aufgrund der Aussagen der Stadt in diesem Artikel das Ansehen des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes gelitten habe. Gleichzeitig sprach er dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes die volle Solidarität zu.

Der Bürgermeister führte hierzu u.a. aus, was der Presse auf seine Veranlassung hin mündlich zur Klarstellung des Sachverhaltes (Unterschrift 9.2. bzw. 10.2., Mitzeichnung RPA 10.2.) mitgeteilt worden war. Das dies nun in der Presse etwas anders dargestellt worden ist, bedauere sowohl er als auch die Pressesprecherin.

Frau Schmidt erklärte, dass nun dieser Missstand aufgeklärt sei.

Anschließend nahm Herr Fey Stellung.

Herr Schell vertrat die Auffassung, dass alles wie eigentlich vorgesehen, seinerzeit im nicht öffentlichen Teil behandelt hätte werden müssen. Dadurch wären derartige „Beschädigungen“ von Personen nicht in diesem Maße aufgetreten. Außerdem hätte man erst den Abschlussbericht der beauftragten Rechtsanwaltskanzlei abwarten müssen.

Der Bürgermeister führte u.a. aus, dass die Pressesprecherin auf seiner Anweisung hin tätig geworden ist. Sie war nur die Ausführende, daher müsse man schon ihn persönlich dafür verantwortlich machen und nicht die Pressesprecherin.

Herr Metz führte hierzu aus, dass die ganze Diskussion nicht hätte sein müssen, wenn man die Hinweise auf eine bautechnische Begleitung bei der Bauausführung ernst genommen hätte und hierauf entsprechend reagiert hätte. Ferner führte Herr Metz aus, dass hier auch der schriftliche Wege in Form einer Presseerklärung zur Richtigstellung der Fakten hätte erfolgen müssen und nicht eine telefonische Benachrichtigung der Presse. Auch hätten die Fraktionen hierüber schriftlich informiert werden müssen.

Auf die Frage, ob der Bürgermeister selbst die Baustelle besucht habe, teilte der Bürgermeister mit, dass er sehr wohl die Baustellen besichtigt habe. Er sei aber keine Techniker/Ingenieur, der vor Ort feststellen kann, was hier aus technischer Sicht nicht richtig sei.

Frau Schmidt teilte mit, dass man wieder zur Sachlichkeit zurückkommen muss und nicht gegenseitig aufeinander „draufhauen“ soll.

Herr Schell vertrat die Auffassung, dass, wenn die Sitzungsvorlage aus dem nicht öffentlichen Teil des Rechnungsprüfungsausschusses nicht an die Presse

weitergegeben worden wäre, hätte man hier und heute nicht diese Diskussion. Es ist aus seiner Sicht der Abschlussbericht abzuwarten, bevor man weiter diskutieren sollte. Durch diese Diskussion wird das Image nicht nur der Verwaltung auch das der Politik beschädigt, ganz abgesehen von den namentlich genannten Mitarbeitern der Verwaltung.

Im Verlauf der weiteren Diskussion wurden seitens der Vertreter aller Fraktionen nochmals die jeweiligen Standpunkte deutlich gemacht (vernünftige Sachaufklärung, wieder zur Sachlichkeit zurückkehren, kein Tribunal, Aufklärung der Bevölkerung, mehr Transparenz durch die Verwaltung, mehr Zusammenhalt Rat und Verwaltung, Vertrauen in der Bevölkerung wieder herstellen, Umstrukturierung der Verwaltungsorganisation, Eingeständnis von Fehlern, Kontrolle durch Rat, etc.).

Auf Nachfrage teilte der Bürgermeister mit, dass es eine externe Baubegleitung geben würde.

Herr Piéla sprach die Hoffnung aus, dass bei den künftigen Baumaßnahmen keine derartigen Fehler mehr gemacht werden.

Frau Jung sprach sich für eine intensivere Kommunikation zwischen Verwaltung und den Fraktionen aus.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen schloss der Bürgermeister diesen Tagesordnungspunkt.